

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Alteneichstadt

zuz teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturken hinfällig wird. Erfüllungsort: Alteneich. Gerichtsstand Nagold. **Bezugspreis:** Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge böb. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung. Die einseitige Zelle ober deren Raum 15 Pf., die Restameisse 45 Pf. **Verlegung der Zeitung:** Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 15

Alteneich, Donnerstag den 19. Januar 1933

56. Jahrgang

### Verteilung der politischen Lage

Hitler als Gast beim Landtagspräsidenten Kerrl

Berlin, 18. Jan. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.J. meldet, fand in der Dienstwohnung des preussischen Landtagspräsidenten Kerrl am Mittwoch ein politisches Essen statt, zu dem der Landtagspräsident geladen hatte. Als Gäste waren außer dem Reichstagspräsidenten Göring und dem Führer der preussischen Landtagsfraktion der NSDAP, Kube, auch der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler und der Industrielle Dr. Thoben erschienen. Es ist das erstmal, daß Adolf Hitler damit Räume des Preussischen Landtags betreten hat.

Die innerpolitische Lage — Eine Begegnung Hitler-Papen Keine Unterredung zwischen Reichstagskanzler und Hitler

Berlin, 18. Januar. Die Meldung, daß auch der frühere Reichstagskanzler v. Papen an dem heutigen Frühstück des preussischen Landtagspräsidenten Kerrl teilgenommen habe, ist zwar dementiert worden, nach Mitteilungen aus unterrichteten Kreisen ist aber kein Zweifel daran, daß eine Begegnung zwischen Herrn v. Papen und Adolf Hitler außerhalb dieses Frühstückes heute stattgefunden hat. Man glaubt, daß Herr v. Papen seine Bemühungen fortsetzt hat, Adolf Hitler und Reichstagskanzler v. Schleicher zusammenzubringen. Diese Bemühungen scheinen aber negativ verlaufen zu sein. Das ergibt sich daraus, daß die Unterhaltungen von Papen-Hitler kaum fortgesetzt werden dürften, und zum anderen aus der Tatsache, daß man in unterrichteten Kreisen im Augenblick keine Möglichkeit einer Unterredung zwischen Hitler und dem Reichstagskanzler sieht. Die Haltung Hitlers wird auf das Ergebnis der lippsischen Wahlen zurückgeführt. Auf der anderen Seite gehen die Bemühungen des Herrn v. Papen nicht auf eine irgendwie geartete Antegung des Reichstagskanzlers zurück, und von General Schleicher wird auch keine Initiative zu einer solchen Begegnung ergriffen werden. Wenn also nicht außergewöhnliche neue Momente in der innerpolitischen Situation auftreten, so wird sich kaum etwas besonderes bis zum Zusammentritt des Reichstages ereignen. Es ist vielleicht bedauerlich für die Situation, daß heute in Kreisen der Reichsregierung erneut unterstrichen wird, daß der Reichstagskanzler ganz zweifellos die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages bekommen wird, wenn die parlamentarische Situation dies notwendig macht, das heißt also, wenn das Parlament im Wege des Misstrauensvotums den Konflikt will. Man glaubt auch kaum noch, daß vor Zusammentritt des Reichstages noch eine Umbildung des Kabinetts erfolgt. Im Augenblick muß man also abwarten, ob der Reichstagskanzler die Entscheidung erneut verschiebt, oder ob der Reichstag nun am 24. ds. Mts. zusammentritt und den Konflikt herbeiführt, dem die weitere Entwicklung dann automatisch folgt.

### Der neue Vollstreckungsschutz

Berlin, 18. Jan. Anlässlich der Befestigung der Verordnung über den Vollstreckungsschutz vom 17. Januar wird von zuständigen Stellen ein Überblick über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes gegeben. Durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 mit den Änderungen vom 14. Juni und vom 27. September 1932 wurde für das gesamte Reichsgebiet zweimal eine Vollstreckungseinstellung für je sechs Monate gewährt.

Die neue Verordnung vom 17. Januar sieht die Möglichkeit einer dritten Einstellung vor. Die zweite und dritte Einstellung sollen aber ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner bei Stellung des Antrages mit wiederkehrenden Leistungen in Höhe eines vollen Jahresbetrages im Rückstand ist.

Landwirtschaftlichen Betrieben wird im wesentlichen mit Rücksicht darauf, daß der Teil der Wirtschaftperiode, in der der Schuldner erst wieder in der Lage ist, größere Erträge zu erzielen, der kommende Herbst ist, ein erweiterter Vollstreckungsschutz gewährt: Ausdehnung der Einstellung auch auf mehr als sechs Monate, bis längstens 31. Oktober 1933, Ungültigkeit der erneuten Einstellung erst bei Rückständen in Höhe von anderthalb Jahresraten, ferner ist der Mobilvollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe, der bisher bis zur Ernte 1932 bestanden hatte, jetzt wieder für die Zeit bis zur Ernte 1933 eingeführt. Dieser Vollstreckungsschutz umfaßt das bewegliche Vermögen, das Zubehör und die noch im Besitze des Schuldners befindlichen Erzeugnisse des Grundstückes. Voraussetzung für den Schutz ist, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen werden würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte benötigt. Der Schutz kann von der Unterstellung unter eine Aufsicht abhängig gemacht werden. Insbesondere kommt der Schutz dem Pächter zugute. In einer Sondervorschrift ist jetzt dieser Schutz auf Weinauwendungen, der ausschließlich aus Trauben hergestellt ist, die im Betriebe des Schuldners gewonnen sind.

Außerdem ist die in der Verordnung vom 27. September 1932 eingetragene bestimmte von einem besonderen Preisrückgang betroffene Kollisionsgruppen beschränkte Sonderregelung (Einstellung auch bei an sich überwiegender Gläubigerinteressen und Freistellung von der Zahlungsauflage) dahin abgeschwächt, daß sie auch Betrieben gemischter Wirtschaft zugute kommt.

## Dr. Warmbold vor dem Haushaltsausschuß

Export bringt Arbeit

Berlin, 18. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hielt am Mittwoch die wirtschaftspolitische Aussprache mit einer neuen großen Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold fort, der auf die Ausführungen der Debatterederer einging.

Der Minister begrüßte den sachlichen Verlauf der Aussprache. Das schwierigste Kapitel sei die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und unserer eigenen Wirtschaftslage. Man müsse sich davor hüten, die Wirtschaftslage aus einer Baillie- oder Hausfestimmung zu beurteilen. Deshalb habe er sich auch darauf beschränkt, die Vergleichszahlen von jetzt und vom vorigen Sommer darzulegen, da es einen anderen objektiven Maßstab nicht gebe. Der Minister nahm dann Stellung gegen einige Bemerkungen über den Empfang der Landbundesführer beim Reichspräsidenten und schilderte kurz die Vorgeschichte dieses Empfanges, an dem er selbst teilgenommen habe. Es habe eine Aussprache über die Klagen und Wünsche des Landbundes stattgefunden, und auf Grund dieser Aussprache sollten diese Dinge innerhalb der Reichsregierung beraten werden. Der Reichspräsident habe bei dieser Besprechung einleitend und zum Schluß ausdrücklich betont, daß er keiner einzelnen Gruppe dienbar sein wolle und könne, sondern daß er nur für das Ganze da sei.

Auch in der Wirtschaftspolitik, so fährt er fort, gibt es Dinge, die so fest und unerrückbar sind, daß sie die großen Grundlinien unserer Wirtschaftspolitik nach so langer Zeit bestimmen werden. Die Grundlagen unserer heutigen Wirtschaftspolitik sind schon zur Zeit Bismarcks gelegt worden. Vor mehr als 50 Jahren haben wir uns entschieden, daß wir den Bevölkerungsüberschuß, den wir nicht für das eigene Land arbeiten lassen können, im Inland behalten wollen, daß er aber im Inland Arbeit schaffen soll für das Ausland, die wir dem Ausland übergeben. Infolge dieser Entscheidung ist ein starkes Anwachsen der deutschen Bevölkerung möglich gewesen. Mehr als ein Sechstel der deutschen Bevölkerung hat von diesem Heranziehen der Arbeit aus dem Ausland gelebt. Über diese Grundtatsache kommen wir nicht hinweg, wenn nicht die Frage beantwortet werden kann, ob es für diesen Teil der Bevölkerung möglich wäre, dieselben Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland als Ersatz für die Beschäftigung aus dem Ausland zu schaffen. Nur wenn diese Frage positiv beantwortet werden könnte, wäre eine Umschaltung von der bald seit 50 Jahren getriebenen Politik zu erwägen. Ich muß diese Frage absolut verneinen. Dann bleibt aber zwangsläufig nichts anderes übrig, als die Politik fortzuführen, daß man versucht, vom Ausland Aufträge zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten im Inlande zu ergänzen. Wenn das feststeht, müssen daraus alle Konsequenzen gezogen werden. Soweit sie auf handelspolitischem Gebiete liegen, sollen sie am Freitag im Auswärtigen Ausschusse näher erörtert werden. Diesen unabweichlichen Tatsachen, die für die Aufrechterhaltung der Beschäftigung mit der Welt sprechen, wird entgegengehalten, daß die Möglichkeiten, im Inland neue Arbeit zu schaffen, außerordentlich groß seien. Obwohl die Rentabilität der Landwirtschaft außerordentlich zu wünschen übrig läßt, ist die Menge der Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte von Jahr zu Jahr gestiegen, und zwar ist sie heute durchschnittlich 25 Prozent höher als 1924. Wir nähern uns damit auf dem wichtigsten Gebiete der Selbstversorgung. Diese Erzeugniserhöhung ist zustande gekommen, ohne daß die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft gestiegen wäre. Das ist eine Entwicklung, die in der ganzen Welt gleich ist. Sie ist bei uns noch nicht abgeschlossen. Die Kapitalmetaplastik der Landwirtschaft für Arbeitslose ist daher außerordentlich klein. Wir haben nicht einen Mangel an Kulturland in Deutschland, sondern werden sehr bald sogar einen relativen Überschuss an Kulturland haben, was zur Konsequenz hat, daß die unergiebigen Gebiete in neue Kulturformen übergeführt werden müssen. Diese Entwicklung führt weiter dazu, daß man sich genau überlegen muß, ob man neues Kulturland machen kann. Man wird dafür Kosten aufwenden haben, die möglicherweise den fünfjährigen Kapitalwert übersteigen.

Wir stehen also hier auch noch vor gewissen Strukturwandlungen, und es wird nicht möglich sein, in der Landwirtschaft ungeheuer viel Menschen unterzubringen, auch dann nicht, wenn wir die Großbetriebe in steigendem Maße in kleinere und kleinere Betriebe umwandeln. Infolgedessen bleibt nichts anderes übrig, als die Arbeitslosen außerhalb des Agrarsektors zu beschäftigen, und welche Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es da noch in Deutschland, wenn wir uns aus der Weltwirtschaft zurückziehen. Diese Frage muß von denjenigen beantwortet werden, die behaupten, es sei möglich, dieses Problem zu lösen.

Wir sind in Deutschland auch in der Lage, uns mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst zu versorgen. Wir sind aber nicht in der Lage, in Deutschland die Rohstoffe zu schaffen, auf die unsere Wirtschaft angewiesen ist. Dafür brauchen wir Beiträge

in Höhe von mehreren Milliarden. Diese können wir nur bezahlen, wenn wir entsprechende Werte der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt verkaufen. Der Umstand allein, daß wir Rohstoffe brauchen, zwingt uns, mit der Weltwirtschaft in Verbindung zu bleiben. Hinzukommt die Tatsache, daß wir zwar in der Reparationsfrage günstige Ergebnisse erreichen könnten, daß wir aber trotzdem noch eine außerordentliche Summe an Fremdschulden an das Ausland haben. Wie man sich auch zu diesem Problem stellen mag, eines ist klar, daß man niemals von diesen Lasten vollkommen frei wird, und daß man nie anders bezahlen kann, als durch zusätzliche Ausfuhr. Wenn diese Grundeinstellung richtig ist, müssen wir auch die Konsequenzen daraus ziehen und unbeschadet des Schutzes unserer eigenen Nahrungsmittelproduktion, den ich an die erste Stelle setze, den Warenaustausch mit dem Ausland als notwendige Ergänzung unserer inneren wirtschaftlichen Situation ansehen. Ich glaube auch, daß dieser Warenaustausch notwendig ist, gerade für den Agrarsektor unserer Wirtschaft. Wenn man einmal den hypothetischen Fall einer reißenden Abwertung vom Weltmarkt und der vollkommenen Deckung des Nahrungsmittelbedarfes im Inlande setzt, dann wird die Preisbildung für die landwirtschaftlichen Produkte entscheidend von der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung abhängen. Daraus folgt eine absolute Interessenspolitik zwischen den Produzenten und Konsumenten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Also gerade die Landwirtschaft hätte das stärkste Interesse an der Aufrechterhaltung eines genügenden Exports, damit eine möglichst hohe Volksumme eine möglichst hohe Kaufkraft im Inlande erzeugt.

Die Schrumpfung des Exports hat zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit um 2,5 Millionen Arbeitnehmer geführt, was wiederum zu einer Schrumpfung der Kaufkraft geführt hat, die sich ungefähr in der Größenordnung von jährlich 500 RM pro Kopf der Arbeitslosen bewegt. Die Exportsumme von 6 Milliarden stellt eine Lohnsumme von 4,2 Milliarden dar. Diese werden zu 60 Prozent für Nahrungsmittel und zu 40 Prozent zur Deckung des übrigen Bedarfs ausgeben. An dem Export der deutschen Industrie ist also zu 60 Prozent der agrarische Sektor interessiert und zu 40 Prozent die übrigen Sektoren. Die Schrumpfung der Zahl der Arbeitnehmer liegt nicht im Export, sondern in der Binnenwirtschaft. Schon seit den achtziger Jahren hat sich eine vollkommene Strukturwandlung in der Zusammensetzung unseres Exports vollzogen. Die Verbrauchsgüter weisen eine Abnahme, die Produktionsgüter dagegen eine Zunahme auf. Wenn auch andere Staaten immer mehr dazu übergehen, sich eigene Industrien aufzubauen, so benötigen sie dazu deutsche Erzeugnisse und außerdem für lange Jahre Exporte für die deutschen Maschinen usw. Jedenfalls wird auf diese Weise das Volumen des deutschen Exports noch lange Jahre in der gleichen Höhe wie bisher zu halten sein. Doch ist eine entsprechende Einstellung der Industrie notwendig.

Die Bankensanierung hat zu einer gewissen Beruhigung geführt, aber zu einer endgültigen Vereinigung des ganzen Bankensystems kann man nur kommen, wenn man den Deflationsschritt einmal beendet hat und dann nach der notwendigen Sanierung eine genügende Liquidität in der gesamten Wirtschaft hergestellt hat. Aus der Periode der Deflation sind wir heraus, es fehlt aber noch die Liquidität. Die Deflation und die Teufel sind Instrumente, die dazu dienen sollen, die Sanierung der Industrie weiter zu treiben und damit gleichzeitig die Liquidität der Banken zu erhöhen. Neue Reichsmittel sind dabei über die bekannten Beträge hinaus nicht aufgewendet worden und kommen auch nicht in Frage. Ich erkenne grundsätzlich die hohe Bedeutung des Bankensystems an. Man muß aber warten, bis die natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Im Augenblick läßt sich das Problem nicht lösen, da neue Mittel in Höhe von 300 bis 500 Millionen RM notwendig wären.

Der neue Vollstreckungsschutz bedeutet nicht eine räumliche Erweiterung, sondern nur eine zeitliche Verlängerung der bestehenden Möglichkeiten. Zum Schluß äußert sich der Minister über die Auslandsschuldung. Zur Erane einer neuen Schuldenaufnahme könnte man im Augenblick endgültig nichts sagen, weil es praktisch völlig unmöglich ist, neue Auslandsschulden aufzunehmen, solange wir die alten Auslandsschulden nicht konjunkturbedingt haben und auf dem Devisenmarkt größere Freiheit haben.



Pfäffingen, 16. Januar. (Unglücksfall.) Ein älterer hiesiger Bürger hatte einen alten großen Kirschbaum umlegen...

Bautlingen, O.A. Balingen, 18. Januar. (Lebendig verbrannt.) Dienstagabend ereignete sich hier ein schwerer Brandunfall...

Tübingen, 17. Januar. (Instandsetzung der Stiftskirchengeraden.) Zur Zeit hört man ein eigenartiges Summen auf dem Stiftskirchenturm...

Enningen, O.A. Reutlingen, 18. Jan. (Diamantene Hochzeit.) Am Sonntag feierten die Eheleute Bauer Gottlieb Koch und seine Frau Christine geb. Maier das letzte Fest der diamantenen Hochzeit...

Dunningen, O.A. Kottweil, 18. Januar. (Man muß sich nur zu helfen wissen.) Um ein Mastschwein abzuschlachten, bestellte letzter Tage ein hiesiger Bauersmann seinen Metzger...

Stuttgart, 18. Januar. (Verbot von Versammlungen und Umzügen.) Anlässlich des Landesongresses der Erwerbslosen am 21. und 22. Januar 1933 in Stuttgart sind vom Polizeipräsidenten Stuttgart für seinen Bereich sämtliche Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel der Erwerbslosen und der kommunistischen Partei...

Militär-Großkonzerte. Das Wehrkreiskommando V veranstaltete am 2. und 3. Februar 20 Uhr in der Stadthalle Stuttgart Militär-Großkonzerte (zehn Militärkapellen, drei Spielmannszüge) zu Gunsten gemeinnütziger Zwecke...

Um die Gebäudeentlastungssteuer. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die in einigen Zeitungen enthaltene Nachricht über eine angeblich beabsichtigte Umwandlung der Gebäudeentlastungssteuer in eine dingliche Belastung der steuerpflichtigen Grundstücke unzutreffend...

Todesfall. Am Montag ist unerwartet im Alter von 72 Jahren Professor A. D. August Schirmer aus dem Leben abgerufen worden, der über ein Vierteljahrhundert an der Höheren Bauhule den Lehrstuhl für Freihandzeichnen inne gehabt hat...

Cannstatt, 18. Jan. (Invektiva.) Am Sonntag fand hier die Invektiva von Delan Roos, bisher Delan in Calw, als Nachfolger von Delan Kübler statt...

Magstadt, O.A. Leonberg, 18. Jan. (Jagdverpachtung.) Zur Verpachtung der 780 Hektar Wald und 1000 Hektar Feld umfassenden Gemeindegagd hatte sich eine sehr große Zahl von Liebhabern eingefunden...

Hochberg, O.A. Waiblingen, 18. Jan. (Eingebrochen und ertrunken.) Nachmittags wagten sich einige hiesige Buben auf den nur stellenweise zugefrorenen Neckar im alten Flußbett unmittelbar beim Walzenwehr...

Wiskmühl, O.A. Redersheim, 18. Jan. (Ein neues Dorf?) Zwischen Waldbüren und Waldkellen, von beiden Orten je eine halbe Stunde entfernt, liegt ein Ackerland, das sehr fruchtbar ist, aber wegen der weiten Entfernung nicht intensiv bewirtschaftet werden kann...

Waldenburg, O.A. Dohringen, 18. Jan. (Holzputzetauf.) Das rund 200 Morgen große Holzputz-Unterwäldchen bei Waldenburg, Besitzer S. Krämer, ist teilweise durch Kauf in den Besitz von Landwirt Behr-Weinsberg übergegangen...

Ulm, 18. Jan. (Die drei vermögenden Kinder gefunden.) In völlig erschöpftem und halbtoten Zustand wurden in Biberach drei Kinder von der Schymannschaft aufgefunden. Es handelt sich hierbei um die seit Sonntag vermissten Kinder einer Ulmer Arbeiterfamilie...

### Große Bauerdemonstration in Ludwigsburg

Ludwigsburg, 18. Jan. Tausende von schwäbischen Bauern fanden sich am Dienstag zu einer Kundgebung in Ludwigsburg ein, die vom Landwirtschaftlichen Hauptverband Württemberg und Hohenzollern und dem 5. Landwirtschaftlichen Gauverband einberufen war...

Der Führer der rheinisch-westfälischen Landwirtschaft, Freiherr von Lünz-Bonn, sprach über das Thema „Ohne Rettung des Bauernstandes kein Wirtschaftsaufstieg“. Einleitend stellte er fest, daß es keine Interessengegenläge zwischen Industrie und Landwirtschaft geben könne...

Generaldirektor Hummel vom Landwirtschaftlichen Hauptverband bestritt die Vorwürfe gegen die Preispolitik. Grundlegend bejahte er die Methode der Kontingentierung und wandte sich nur gegen die Art ihrer Durchführung...

Ein Telegramm an den Reichskanzler, das gleichzeitig dem Reichspräsidenten zur Kenntnis gebracht wurde, mahnte in letzter Stunde nochmals die maßgebenden Stellen und forderte dringenden Schutz unserer bäuerlichen Wirtschaft...

Das Telegramm an den Reichskanzler und den Reichsernährungsminister lautet: „Tausende bei einer Kundgebung des Landw. Hauptverbandes Württemberg-Hohenzollern und des 5. Landw. Gauverbandes in Ludwigsburg verurteilten schwäbischen Bauern protestierten gegen den immer weitererschreitenden Zerfall der landwirtschaftlichen Produktionspreise...“

Das Telegramm an den Reichskanzler und den Reichsernährungsminister lautet: „Tausende bei einer Kundgebung des Landw. Hauptverbandes Württemberg-Hohenzollern und des 5. Landw. Gauverbandes in Ludwigsburg verurteilten schwäbischen Bauern protestierten gegen den immer weitererschreitenden Zerfall der landwirtschaftlichen Produktionspreise...“

### Aus dem Landtag

#### Finanzausschuss - Landeswasserversorgung

Stuttgart, 18. Jan. Abg. Scheffold (Z.) berichtete über ein Schreiben des Innenministeriums betr. die Landeswasserversorgung. Danach ist die Herstellung eines zweiten Stranges der Landeswasserversorgung in Teilstücken von einer Gesamtlänge von etwa 37 Kilometer geplant...

gen Wasserlinie aus laufenden Ueberschüssen der Landeswasser-versorgung möglich. Eine Erhöhung des Wasserpreises würde keineswegs eintreten. Durch den geplanten Ausbau würden drei wesentliche Vorteile erzielt, nämlich die Heranführung einer gegen bisher um 25 Prozent größeren Wassermenge in das Versorgungsgebiet...

Der Berichterstatter beantragt hierzu, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ermächtigen, zum Ausbau der Landeswassererzeugung aus den Mitteln des Getreide-Baues eine Anleihe im Betrage bis zu 6 Millionen RM. aufzunehmen.

Staatspräsident Dr. Holz tritt für den Vorschlag der Regierung ein. Ohne die positive Mitarbeit der Stadt Stuttgart könne das Gesamtprojekt, das 17 Millionen RM. kosten würde, nicht durchgeführt werden. Deshalb handle es sich vorläufig um ein Teilprojekt. Es sei ein Fehler, daß nicht das Gesamtprojekt in Angriff genommen wurde, zumal das Reich die Mittel geben würde...

Finanzminister Dr. Dehlinger berichtet noch über einen Antrag zum Staatshaushaltplan. Der ungedeckte Betrag sei auf 1,3 Millionen RM. in Rechnung zu stellen, nachdem 1,5 Millionen Reichssteuer in letzter Zeit weniger eingegangen seien...

### Neues vom Deutschen Turnfest

Stuttgart, 18. Jan. (Kampfbahnerrichtung schon im Mai?) Die Arbeiten auf dem Walen sind in den letzten Monaten rasch vorwärts gekommen. Ursprünglich sollte die Bahn erst mit dem Deutschen Turnfest für den sportlichen Betrieb freigegeben werden...

Das Verpflegungsdorf. Stuttgart hat in den Tagen des Deutschen Turnfestes fünf Tage lang mindestens 200 000 Turner zu verpflegen. Am Freitag kommt vorfristig gerädert, das Doppelte an Gästen hinzu. Das ist für eine Stadt von 485 000 Einwohnern keine kleine Aufgabe.

Deshalb werden auf dem Walen zehn Verpflegungszelte von je 4000 Quadratmeter errichtet, in denen zu gleicher Zeit 80 000 Personen verpflegt werden können. In sieben Zelten wird Bier, in zwei Wein und in einem Kaffee ausgedient. Die Zelte sind so eingerichtet, daß sie auch dem größten Stöbtrieb gewachsen sind...

Die Turnfestlotterie. Eine Million Turnfestlose sind ausgegeben worden. Schon kurze Zeit nach der Ausgabe war der größte Teil der Lose untergebracht; am 6. Dezember 1932 rund 850 000.

### Aus Baden

Horsheim, 18. Januar. (Um die Neubesehung des Oberbürgermeisterpostens.) Oberbürgermeister Gündert ist - wie wir bereits ausführlich berichtet haben - am Montag durch die Verbandversammlung des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes zum Präsidenten des Verbandes gewählt worden...

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

Stellvertretung in Genf. Der Gesandte Freiberg von Weizsäcker, deutscher Vertreter beim Völkerbund, ist erkrankt und wird einen längeren Urlaub antreten. Vizebotschafter von Twardowski von der deutschen Botschaft in Moskau wird zu seiner Stellvertretung nach Genf fahren...

Die Grippe auf Kriegsschiffen. An Bord der in Toulon (Frankreich) vor Anker liegenden Kriegsschiffe und in den Kasernen der Stadt hat die Grippe hart um sich gegriffen. Bisher befinden sich 840 Matrosen in den Militärlazareten. Ein Fest an Bord des Kreuzers „Paris“ mußte abgefragt werden. Die Grippe hat auch die Besatzung des Ozeandampfers „Alaunia“ mitten auf dem Ozean erlegt...

